

## Anlage 1: Handlungsfelder und oberste strategische Zielebene (Stand 31.08.2006)

### Präambel (gemäß Beschluss des Rats in seiner Sitzung am 31.08.2006)

In den folgenden 13 Handlungsfeldern ist aus gesamtstädtischer Sicht über die fachliche Zielerledigung hinaus in allen Prozesszielen darauf hin zu wirken, dass die Gleichstellung von Frau und Mann umgesetzt wird. Das betrifft sowohl die Prozessziele der Stadt für Bürgerinnen und Bürger, als auch die Prozessziele, die eine verwaltungsinterne Wirkung entfalten.

#### Handlungsfeld:

#### Haushaltskonsolidierung, kommunale Haushaltswirtschaft

<b>Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)</b>
Bis 2012 ist ein jahresbezogener Haushaltsausgleich erreicht und die Altfehlbeträge werden bis 2017 abgebaut = Voraussetzung für ein genehmigungsfähiges HSK im Jahr 2008
Investitionen werden ohne Nettoneuverschuldung geplant
Substanzerhaltung des städtischen Vermögens durch Erwirtschaftung der Abschreibungen

#### Handlungsfeld:

#### Stadtentwicklungsplanung, Wohnen und Arbeiten, Demografische Entwicklung, Verdichtungsprobleme / Umwelt, Reurbanisierung / Rezentralisierung / Region

<b>Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)</b>	<b>Vorschlag der FDP-Fraktion vom 15.08.2006 (Erläuterungen der FDP-Fraktion in Kursivdruck)</b>
Wir richten unsere Planungen auf die geographische Doppelfunktion als Stadt im Rheinland und Zentrum im Bergischen Land aus	Wir richten unsere Planungen auf die geographische Doppelfunktion als Stadt im Großraum Köln und Zentrum im Bergischen Land aus

*Anlage 1*

Wir denken und handeln regional; statt Konkurrenz wird getan, was der Region am meisten nützt	Wir denken und handeln sowohl städtisch als auch regional zum Nutzen der Stadt <i>Es ist nicht einsehbar, dass die Stadt regionale Ziele in den Vordergrund stellt</i>
Wir haben eine klar erkennbare Bedeutung in der Ballungsrandzone	<i>Kann mit der Änderung im ersten Absatz entfallen</i>
Wir streben für 2015 eine Einwohnerzahl von 110.000-115.000 an	Wir streben für 2015 eine Einwohnerzahl von 110-115T Einwohnern mit ausgewogener Altersstruktur und attraktivem Angebot für Familien mit Kindern an
GL hat eine so ausgewogene Altersstruktur, dass ein breites Angebot für Familien mit Kindern gesichert werden kann	<i>In vorherigem Wirkungsziel enthalten</i>
Wir haben neue, bedarfsgerechte Wohnformen, um Familien + Singles + wohlhabende Seniorinnen und Senioren zum Zuzug zu motivieren	Wir haben neue, bedarfsgerechte Wohnformen für alle Altersgruppen, ein gutes Umfeld mit Bildungs- und Kultureinrichtungen, hohe Einkaufsqualität, Hausoptik und attraktive Naherholung als „Magneten“ für den Zuzug von Menschen aus der gehobenen Mittelklasse
Wir haben Geldverdienende, Fach-/Führungskräfte zzgl. Mittelklasse als Zugezogene - diese achten auf Umfeld, Einkaufsqualität, Preis, Hausoptik	<i>In vorherigem Wirkungsziel enthalten</i>
Der Anteil der im Stadtzentrum Wohnenden hat sich erhöht	Der Anteil der im Stadtzentrum Wohnenden hat sich erhöht. Die ausufernde Bebauung aller noch verbliebenen Flächen und Hintergärten haben wir zurückgedrängt <i>Aus logischen Gründen Zusammenführung mit dem letzten Wirkungsziel</i>
Wir haben Wohnen und Arbeiten optimal zusammengeführt	Wir haben Wohnen und Arbeiten durch Erhalt zentraler Gewerbegebiete optimal zusammengeführt
Wir haben funktionierende Zentrenstrukturen mit einem Haupt- und mehreren Nebenzentren, die bestimmte Aufgaben erfüllen	Wir haben funktionierende Zentrenstrukturen mit einem Haupt- und mehreren Nebenzentren, die bestimmte Aufgaben erfüllen. Handel und öffentliche Dienstleistungen sind fußläufig oder durch flächendeckenden ÖPNV für alle Menschen gut erreichbar.
Menschen ohne Auto finden für Handel, öffentlichen Dienst etc. entweder dezentrale Angebote oder der ÖPNV bringt die Menschen zu zentralen Angeboten	<i>In vorherigem Wirkungsziel enthalten</i>

Wir haben die ausufernde Bebauung aller noch verbliebenen Flächen und Hintergärten mit allen Möglichkeiten zurückgedrängt

*Mit vierletztem Wirkungsziel vereinigt*

### **Handlungsfeld**

**Stadtgestaltung, Wohn- / Lebensqualität, Sicherheit, Sauberkeit**

**Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)**

Geänderte Wünsche zur Lebensqualität werden erfüllt; Heute = Wohnen in der Stadt

GL ist eine Stadt, deren Optik / Gestaltung des öffentlichen Raumes von höherer Qualität und die auf die Bedürfnisse des Wohnens und Arbeitens ausgerichtet ist

Einheimische und Gäste empfinden GL als eine saubere und gepflegte Stadt

GL ist eine sichere Stadt

### **Handlungsfeld**

**Erfolgreiches Zusammenwirken von Politik und Verwaltung in Richtung strategischer Zielsteuerung**

**Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)**

Strategische Ziele der Stadt werden politisch abgestimmt und gemeinsam von Politik und Verwaltung verfolgt

Ziele, ihre Abhängigkeiten und Prioritäten sind in Verwaltung und Politik transparent

Die Akzeptanz von strategischen Zielen in Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik ist wesentlich verbessert

### **Handlungsfeld**

#### **Moderne bürgerfreundliche Verwaltung, Verwaltung = Teamgeist**

<b>Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)</b>
Kundenzufriedenheit ist hoch und wird regelmäßig ermittelt
Die Fachbereiche arbeiten kooperativ im Rahmen der strategischen Zielsetzung, Ressortegoismus ist kein Thema mehr.
Wir haben motiviertes und kompetentes Personal in allen Verwaltungsbereichen
Wir haben eine moderne, effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung

### **Handlungsfeld**

#### **Arbeitsplätze / Wirtschaftsförderung (inklusive Gesundheitsversorgung)**

<b>Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)</b>
GL ist Wirtschaftsstandort
Das Arbeitsplatzangebot orientiert sich am Strukturwandel, zukunfts-trächtige Branchen werden gefördert
Statistisch hat jeder erwerbsfähige Gladbacher und jede erwerbsfähige Gladbacherin einen Arbeitsplatz
GL als Behördenstandort (=Organisation ohne Erwerbscharakter) soll nachdrücklich erhalten und gestärkt werden
Die Kaufkraft bleibt erhalten und wird gebunden, weil sich die Ber-

gisch Gladbacher Bürgerinnen und Bürger im Einkaufsort GL versorgen können
Wir haben GL zu dem rechtsrheinischen Einkaufszentrum entwickelt
Die Krankenhausversorgung wird weiterhin privat / kirchlich sichergestellt

**Handlungsfeld  
Verkehr**

Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)	Vorschlag der FDP-Fraktion vom 15.08.2006 (Erläuterungen der FDP-Fraktion in Kursivdruck)
Die Verkehrsnetze aller Verkehrsarten sind an 360 Tagen jährlich ausreichend; Projekte scheitern nicht an Verkehrsproblemen	
	Die Stadt verfügt über ein bedarfsgerechtes Netz von Nahverkehrsverbindungen <i>Früheres Wirkungsziel sollte erhalten bleiben</i>
	Die Qualität des Straßenverkehrsnetzes hat eine Schlüsselfunktion für wichtige Wirkungsziele der Stadtentwicklung. Durch Kreisverkehre, intelligente Ampelkreuzungen und andere verkehrsverflüssigende Maßnahmen wird das vorhandene Verkehrsnetz weiter modernisiert. <i>Qualitätserhaltung und Modernisierung des Verkehrsnetzes ist nach Meinung der FDP ein Wirkungsziel</i>
	Die Stadt verfügt über ein ausreichendes Parkraumangebot und ein dynamisches Parkleitsystem als Voraussetzung für eine bürgerfreundliche Einkaufsstadt <i>Das ursprüngliche Wirkungsziel sollte nach Meinung der FDP erhalten bleiben</i>

**Handlungsfeld**  
**Schule / Bildung**

<b>Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)</b>
In GL werden alle Schulen ein Ganztagesangebot (Profil) für alle Stufen bieten mit standortbezogenem, trägerübergreifendem pädagogischem Gesamtkonzept
Die strukturellen baulichen Mängel der Schulgebäude sind behoben.
Die Angebote für lebenslanges Lernen sind bedarfsgerecht und bedürfnisweckend ausgebaut und verzahnt
Alle Schulen sind selbstständig (inklusive Verantwortung) im Sinne des Modellprojekts Selbstständige Schulen
Durch Konzentration im Rahmen einer Schulentwicklungsplanung werden Neubaumaßnahmen reduziert bzw. vermieden
Die Schulen setzen jeweils fachliche Schwerpunkte und kooperieren, um ein optimales Angebot zu vertretbaren Kosten zu gewährleisten

**Handlungsfeld**  
**Familie, Kinder, Jugend**

<b>Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)</b>
Durch das Zusammenwirken von Jugendhilfe, Schule und Familienhilfe gelingt jungen Menschen in GL die Teilhabe in allen Lebensbereichen
Das familienfreundliche Profil der Stadt erleichtert Familien ihre Alltagsbewältigung und zieht Familien nach Bergisch Gladbach

Durch Unterstützungsangebote für Familien in belasteten Quartieren gelingt die soziale / gesellschaftliche Integration der Kinder und Jugendlichen

### **Handlungsfeld** **Integration**

**Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)**

Es gibt kein Quartier, in dem Menschen einer bestimmten Herkunftsregion "dominieren"

Wir sind vorbildliche Integrationsstadt

### **Handlungsfeld** **Kultur**

**Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)**

GL hat eine lebendige und vielfältige Kulturszene statt weniger Prestigeobjekte (wöchentlich 1 Veranstaltung von regionaler Bedeutung + Aufmerksamkeit)

GL ist Teil der aktiven (freien) Kulturszene mit herausragender regionaler Bedeutung

## Handlungsfeld

### **Sport, kommunale und nichtkommunale Sportstätten**

**Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)**

Wir haben ein bedarfsgerechtes, breites Angebot an Sportmöglichkeiten für Schule, Freizeit, Gesundheit

Wir räumen den Möglichkeiten für Kinder- und Jugendsport Priorität ein.

Sportplätze und -einrichtungen sind bedarfsgerecht und kostengünstig zusammengefasst

## Handlungsfeld

### **Naherholung / Tourismus**

**Oberste strategische Ziele (Vorschlag des Verwaltungsvorstands, z.T. unter dem Gender-Aspekt neu formuliert)**

GL ist die Gourmet-Metropole Deutschlands

GL hat sich zum touristischen Schwerpunkt entwickelt und ist ein attraktives Tourismusziel

GL ist attraktiv für die Freizeitgestaltung der Einwohnerschaft: Am Wochenende bleiben wir in GL

GL ist attraktiv für die Naherholungssuchenden: Am Wochenende fahren wir mal nach GL

Anlage HA S. 12.06

Büchlein 30/Die Gymnen  
im Sporthaus von Bergisch Gladbach  
Rathausstr. 51465 Berg. Gladbach  
Tel./Fax 02202/14 22 42

## I. Verwaltung

**„Hauptziel ist und bleibt: Die Verwaltung muss bürgernäher, effektiver und flexibler sein. Sie muss die BürgerInnen als KundInnen begreifen und auf sich verändernde Verhältnisse in der Stadt rasch reagieren können“.**

### **Gesamtverantwortung**

Die qualifizierte und motivierte Mitarbeiterschaft sollte in der Verwaltung

- auch in den Fachbereichen flexibel sein (keine Burgenmentalität) zeigen
- darauf achten, dass stärkere Arbeitseinheiten schwächere unterstützen

Die erste und wichtigste Aufgabe der hauptamtlichen BürgermeisterIn ist die erfolgreiche Leitung der Verwaltung. Die Reorganisation der Verwaltung ist formal abgeschlossen, und in den letzten Jahren wurde reichlich Personal eingespart. Deshalb gilt unser Hauptaugenmerk der Motivation der MitarbeiterInnen und der Personalentwicklung für eine effektive, bürgernahe Verwaltung.

### **Ziele:**

1. Kein weiterer Personalabbau
2. Personalentwicklung, Beförderung eigener MitarbeiterInnen in Leitungsfunktionen
3. Schaffung von Ausbildungsplätzen, auch über den eigenen Bedarf hinaus
4. Keine fachfremden Motive bei der Personalauswahl (Parteiuchbesetzung, Klüngel, Mauseleien)
5. Kluge Personalentscheidungen auf der Führungsebene, gerechte Wettbewerbssituationen
6. In den Bürgerbüros die Vernetzung mit anderen Dienstleistern aufbauen (Finanzamt, Kreisverwaltung, Sparkasse usw.)
7. Ausbau des Bürgerinformationssystemes und der Bürgerbeteiligung
8. Ein flächendeckendes Controlling erarbeiten und ein Berichtswesen erstellen, das die Politik handlungsfähig macht
9. Eine kommunale Vergleichbarkeit anhand der Produkte herstellen

10. Möglichst wenig privatisieren, stattdessen erfolgreiche Eigenbetriebe installieren

**Bündnis 90/Grüne Glinnen**  
im Stadtrat von Glinne  
Rathaus · 51429 Glinne, Stadtwach  
Tel. + Fax: 0376-2714 22 42

11. Die Privatisierung des Reinigungsdienstes zurücknehmen

12. Frauenförderung in allen Bereichen effektivieren

13. Gender Mainstreaming (=Geschlechtergerechtigkeit) in der Verwaltung sukzessive umsetzen

14. Darauf achten, dass die gesetzlichen Regelungen für den Datenschutz uneingeschränkt eingehalten werden

## Jugend:

### Leitbild:

Die Zukunft gehört den Kindern und der Jugend. Eine Stadt, die sich nicht genügend um ihre Jugend kümmert, verspielt ihre eigene Zukunft

### Bestandsaufnahme:

2004 - Die Bergisch Gladbacher Stadtkasse ist leer, und es muss überall eingespart werden. Keine Zeit, um Kinder und Jugendpolitik zu machen, denn sie ist teuer und unproduktiv...oder?!

### Ziele und Maßnahmen:

1. keine weiteren finanziellen Kürzungen in der Jugendarbeit
2. die Sicherstellung der offenen Jugendarbeit und den Ausbau von mobiler (aufsichtender) Jugendarbeit und den Einsatz von Streetworkern in jedem Stadtteil
3. Ausbau der ambulanten Hilfen nach dem Kinder und Jugendhilfegesetz, wie Sozialpädagogischer Familienhilfe, intensive Einzelfallhilfe, Wohngruppen usw.
4. Kein weiteren finanziellen Kürzungen bei Projekten zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (Qualifizierungsmaßnahmen, Nachholen von Schulabschlüssen, Arbeiten und Lernen etc.)

Wir setzen hier ein deutliches Zeichen und präsentieren Konzepte: Kinder- und Jugendpolitik muss in Bergisch Gladbach endlich aktiv gestaltet werden! Anstatt Jugendhilfenmittel willkürlich zu verteilen, müssen endlich Konzepte erstellt und umgesetzt werden, um die Kinder und Jugendlichen stärker zur Eigenaktivität anzuregen (Hilf mir, es selbst zu tun). Ein wichtiger Schritt hierzu ist die Umsetzung der Wünsche von Jugendlichen aus der Jugendbefragung, die das Jugendamt der Stadt 1998 durchgeführt hat

### Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit:

Als wichtigstes Problem der jungen Generation stellt sich die Arbeitslosigkeit dar. Hier müssen alle Möglichkeiten, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, ausgeschöpft werden. Kreis, Arbeitsamt und soziale Träger müssen zusammenarbeiten, um Konzepte und Modelle gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und umzusetzen. Es muss eine Ausweitung des Angebotes von Qualifizierungsmaßnahmen stattfinden.

### Besondere Situation von Jugendlichen würtigen:

Kinder- und Jugendpolitik muss aber auch als Querschnittsaufgabe verstanden werden. So ist es ein extremer Missstand, dass nach sportlichen oder kulturellen Veranstaltungen in den Abendstunden meist kein Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs mehr besteht, das die

Jugend nutzen könnte. Diese Aufgabe darf nicht Sponsoren mit kurzfristigen Aktionen überlassen werden, sondern muss eine langfristige Selbstverständlichkeit sein.

Die Verkehrspolitik der Stadt muss hier verstärkt auf die Interessen und die Situation von jugendlichen Rücksicht nehmen, d. h. eine gute Verkehrsbindung in den Abend- und Nachtstunden. Es ist weiterhin nötig, dass bei den für Planungen durchzuführenden Sozialverträglichkeitsprüfungen die betroffenen Gruppen - also auch besonders Kinder und Jugendliche - frühzeitig in den Prozess eingebunden werden. Um eine Gleichberechtigung auch in der Jugendarbeit zu gewährleisten, setzen wir uns ebenfalls dafür ein, Projekte mit einem geschlechtsspezifischen Angebot auszubauen.

Kinderbüro wieder einrichten und ein Kinder- und Jugendparlament einsetzen  
Ein Kinder- und Jugendparlament muss so mit Ressourcen ausgestattet werden, dass es die Interessen der Kinder- und Jugendlichen adäquat vertreten kann.

Schließlich wäre es sinnvoll, das Angebot ambulanter Hilfen nach den Kinder und Jugendhilfegesetz (KJHG), wie zum Beispiel die sozialpädagogische Familienhilfe, auszubauen, so dass Familien in Konfliktfällen niedrigschwellige Hilfsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, was besonders den Kindern und Jugendlichen zugute kommt.

Auch muss die Jugendbildungsarbeit ausgebaut werden, was eine finanzielle Besserstellung bei Jugendfreizeitmateriel und Jugendferienfahrten voraussetzt.

#### Offene Jugendarbeit:

Ein weiteres Problemfeld bleibt die offene Jugendarbeit. Nach Novellierung des Landesjugendplanes stellt das Land hierfür weniger Mittel zur Verfügung. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass die bestehenden Einrichtungen mit dem notwendigen Personal und den erforderlichen Sachmitteln ausgestattet werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das Angebot mobiler offener Jugendarbeit ausgeweitet wird.

## Sozialhilfe:

### Leitbild:

Sozialpolitik bedeutet für uns menschenwürdiger Umgang mit allen gesellschaftlichen Randgruppen. Wir fordern eine soziale Grundversicherung für alle, das Recht auf menschenwürdiges Wohnen und das Recht auf selbstbestimmte Lebensformen, um nur einige Beispiele zu nennen.

### Bestandesaufnahme:

Auch in Bergisch Gladbach ist die Zahl der „armen“ MitbürgerInnen angestiegen. Betroffen sind hier insbesondere Arbeitslose, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Senioren und ausländische MitbürgerInnen. Zum Stichtag 1.04.04 erhielten in Bergisch Gladbach 3.861 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt. Dies entspricht 3 % der gesamten Wohnbevölkerung. Davon waren 1.407 minderjährig und 223 Senioren. Gerade diesen MitbürgerInnen wollen wir durch gezielte Maßnahmen Hilfen anbieten. Wichtigster Punkt ist der Abbau der Arbeitslosigkeit, obwohl auf kommunaler Ebene hierfür nur wenige Möglichkeiten bestehen. Wir sind für den Auf- bzw. Ausbau einer kommunalen Arbeitsmarktpolitik bezogen auf besondere Berufsgruppen und regionalen Gegebenheiten (Job-Börse). Die bisherigen Aktivitäten der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft haben bisher der Stadt Bergisch Gladbach viel Geld gekostet, aber nichts gebracht. Es gibt nach wie vor viel zu wenig billigen Wohnraum insbesondere für kinderreiche Familien. Die vom Land NRW hierfür zur Verfügung stehenden Mittel müssen voll ausgeschöpft werden. Die durch unsere Initiative eingeführten Vergünstigungen durch den „Löwenpass“ wollen wir den Bedürfnissen der Betroffenen anpassen.

### Ziele:

1. Eine gesetzlich, verbindliche Mitwirkung der Kommunen, insbesondere bei der Feststellung der „Erwerbsfähigkeit“ und den Betrieb der Jobcenter.
2. Keine weiteren finanziellen Kürzungen bei Angeboten zur Integration benachteiligter Jugendlicher.
3. Keine weitere Verlagerung von Kosten, von Bund und Land auf die Stadt Bergisch Gladbach / keine einseitige Verschiebung von Kosten auf die Stadt.
4. Ausbau der fachlichen Hilfen für Arbeitslose durch die Stadt.

## Maßnahmen:

### 1. Hilfe zur Selbsthilfe:

Wir unterstützen alle Selbsthilfegruppen, wie z.B. die AIDS-Hilfe, alle Projekte, die sich insbesondere um die Randgruppen unserer Stadt kümmern, und Vereine und Institutionen, die insbesondere in der Vorbeugung sozialer Probleme tätig sind, z.B. Suchtpräventions- und Tafel, und uns allen dadurch erhebliche Folgekosten ersparen.

### 2. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe

Die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, ist eine der wesentlichsten Änderungen im Sozialbereich der letzten 100 Jahre. Die angekündigte finanzielle Entlastung der Stadt Bergisch Gladbach tritt jedoch nicht ein. Das neue Leistungsrecht wird die Stadt voraussichtlich eher stärker belasten. So wird die Stadt zukünftig u.a. die Wohnungs- und Heizkosten der Betroffenen übernehmen müssen. Mit den verschärften Zumutbarkeits- und Sanktionsregelungen bei gleichzeitig unverbindlichen Eingliederungshilfen wird das Prinzip „Fördern und Fordern“ zerstört. Über die notwendigen Hilfsangebote entscheidet nur noch die Bundesagentur und nicht mehr das fachlich erfahrene Sozialamt. Die bisherige positive Arbeit der Abteilung „Arbeit statt Sozialhilfe“ könnte dann nicht weitergeführt werden.

## Kinder:

### Leitbild:

Kinderfreundliches Bergisch Gladbach

Trotz aller Finanzmiserie in unserer Stadt müssen wir eine verantwortliche Politik auch für Kinder gestalten. Verantwortliche Politik verlangt heute schon an morgen zu denken. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb müssen langfristige und verlässliche Konzepte entwickelt werden und keine „Schnellschüsse“ gestartet werden. Kinderbetreuung fängt nicht erst mit dem dritten Lebensjahr an. Gesellschaftliche Veränderungen verlangen ein Reagieren. Immer mehr Familien benötigen eine zuverlässige und gute Betreuung für ihre Kinder.

### Ausgangssituation:

Mit dem Erlass des Ministeriums vom 12.2.2003 sollen bis zum Jahre 2007 25% der Grundschulkinder ganztätig betreut werden. Damit fällt die Schulkinderbetreuung aus den Tagesstätten (Horte etc.) heraus. Ziel der Landesregierung ist, dass Schule und Jugendhilfe eng miteinander arbeiten und Kräfte zu bündeln.

### Ziele:

1. Bedarfsgerechter Ausbau von Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren mit qualifiziertem und ausreichendem Personal
2. Flexible Betreuungszeiten für Kinder und Eltern
3. Vereinbarkeit von Kindern und Beruf zu verbessern
4. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schule und Jugendhilfe im Interesse der Kinder auf Augenhöhe miteinander arbeiten.
5. Wir werden uns dafür einsetzen, dass qualifiziertes Personal im ausserunterrichtlichen Angebot eingesetzt wird und Arbeitsplätze auch für Vollerwerbstätige möglich sind.
6. Das Ziel ist die 100 % Versorgung der Schulkinderbetreuung.
7. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kinder, nicht durch „knappe Kassen“ in ihrem Wohl beeinträchtigt werden.
8. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Chancengleichheit im Bildungssystem beibehalten/ausgebaut wird.
9. Wir fordern, dass sozial benachteiligte Kinder einen Zugang zur Bildung haben und ihnen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

10. Wir fordern keine Ausgrenzung wegen fehlender finanziellen Mittel, sondern aktive Solidarität.

Gerade für Frauen ist es wichtig, um eine Weiterführung des Berufes, einen Einstieg in das Berufsleben oder eine Ausbildung zu beginnen, eine verlässliche Betreuung zu gewährleisten und für benachteiligte Familien ein Versorgungs- und Bildungsangebot zu machen.

#### Maßnahmen:

1. Tagesstättenplätze für Kinder im Kindergartenalter sind zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen, mit qualifiziertem Personal. Der Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ist auszubauen, mit entsprechenden finanziellen Mitteln.
2. Die offene Ganztagschule wird massiv ausgebaut. Lange Wartelisten, das Bangen von Familien: bekommen wir eine Betreuung für unsere Kinder, „soll Schnee von gestern werden“. Chancengleichheit in der Bildung soll keine „leere Hülse“ mehr sein, sondern lebbar gemacht werden. Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie soll verbessert werden. Verlässlichkeit für Familien ist sicher zu stellen. In Bergisch Gladbach liegt die Versorgung von Grundschulkindern zur Zeit bei 27,7% (Stand 31.12.02). Ziel ist es eine Versorgung von 40% zu erreichen. (siehe auch Kapitel III: Schule, Kultur, Sport).

#### Kostenbilanz

Gute Bildung kann die Folgekosten vermindern, indem Kinder/Jugendliche nicht in die Arbeitslosigkeit geraten und/oder in die Kriminalität abrutschen.

## **Schule, Kultur und Sport**

### **Schule:**

#### **Leitbild: Lebendige Schulen in einer lebendigen Stadt**

Wir setzen uns für eine kreative Gestaltung der Schulen und der Schullandschaft in Bergisch Gladbach ein, wobei die Schülerinnen gemäß ihren Fähigkeiten gefördert und gefördert werden sollen.

### **Rahmenbedingungen**

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Schule haben sich stark verändert: Häufig sind beide Eltern der SchülerInnen berufstätig. Außerdem wächst die Zahl alleinerziehender Elternteile. Beides erfordert eine zeitlich verlässliche Betreuung von Kindern im Grundschulalter, eine familien-, frauen- und bildungspolitisch bedeutsame kommunale Aufgabe.

Wir unterstützen zusätzliche Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler im Primarbereich, z. B. durch den weiteren Ausbau von Ganztagsgrundschulen.

Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der veränderten Lebenslagen der Schülerinnen und Schüler ist die Schule vor große erzieherische Aufgaben gestellt. Nach wie vor stehen dafür keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung.

### **Ziele und Maßnahmen**

Wir fördern die Kooperation von Schule und Jugendhilfe vor Ort. Diese Zusammenarbeit kann z.B. bei der Gewalt- und Suchtprävention, oder bei Schulverweigerung durch Einrichtung einer Schulwerkstatt oder bei der geschlechtsspezifischen Arbeit mit Mädchen und Jungen erfolgreich durchgeführt werden.

Das plurale Schulangebot soll in Bergisch Gladbach erhalten und ausgebaut werden. Bergisch Gladbach hat ein vielfältiges Schulangebot von der freien Waldorfschule über konfessionsgebundene Grundschulen bis hin zur Gesamtschule. Dieses Angebot muss auf jeden Fall erhalten bleiben und durch die Ganztagsgrundschule und Selbstständige Schulen erweitert werden.

#### Kostenplan:

Bei Haushaltsberatungen legen wir weiterhin vorrangig Wert auf die Instandhaltung bzw. die Erweiterung der Innerrausstattung von Schulräumen und der Sanierung der Bausubstanz der Schulgebäude. Auch eine zeitgemäße Medienausstattung muss gefördert werden. Wir stehen jedoch der Sanierung von Schulen in Form des Nießbrauchmodells kritisch gegenüber. Kurzzeitige Vorteile stehen hier langfristige finanzielle Verpflichtungen gegenüber. Wir unterstützen jede Form der Kostenersparnis durch moderne Energiesparmodelle (Heizung; Wärmedämmung) oder Erschließung alternativer Energiequellen. Unser Ziel ist es, dass Bergisch Gladbacher Schulen hier eine Vorbild- und Vorreiterfunktion erfüllen.

#### Kultur:

##### Leitbild:

Fördern, was es schwer hat,  
Mut zu dem, was nicht gefällt,  
sich trauen, das zu lassen,  
was gefällt ist.

„Mit unseren Kultur-Ideen geben wir  
vielen Künstlern mehr Raum!“

Es gilt nicht an der Kultur zu sparen, sondern durch die Kultur. Durch Ausgaben im Kulturbereich langfristig Ausgaben im Sozialbereich einsparen (Hilmar Hoffmann)

### Bestandesaufnahme:

Trotz knapper Kassen muss das Ziel sein, die bisherigen kulturellen Einrichtungen zu erhalten. Dass diese immer noch funktionieren, haben wir weitgehend dem Geschick der EinrichtungsleiterInnen und ihrem engagiertem Personal zu verdanken, die mit viel Engagement und Sachverstand die Einrichtungen führen. Ohne Zweifel bilden Archiv, Büchereien (in Bergisch Gladbach und Bensberg), Musikschule, Museen, Theater, die Städtische Galerie Villa Zanders und die VHS mit ihrer Fachkompetenz das kulturelle Rückgrat dieser Stadt. Bei den Bemühungen um Effektivität und Kostenbewusstsein dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass es nicht Sinn und Zweck von VHS, Theater, Büchereien etc. ist, Gewinne zu erzielen. Der ureigenste Auftrag von Kultureinrichtungen liegt darin, Nutzen zu stiften! Diese Aufgabe können sie nur leisten, wenn sich die Politik eindeutig zur kulturellen Verpflichtung der öffentlichen Hand bekennt und den städtischen Kultureinrichtungen finanzielle Planungssicherheit gewährt. Neben dem städtischen Engagement gewinnt darüber hinaus verstärkt das breite bürgerschaftliche Engagement durch Sponsoren, Vereine und ehrenamtliche Tätigkeit in Zeiten finanzieller Knappheit an Bedeutung.

### Ziele und Maßnahmen:

1. Erhaltung der oben genannten kulturellen Einrichtungen als kulturelles Rückgrat unserer Stadt
2. Erweiterung der Kulturmelde in Bergisch Gladbach im Zusammenhang mit der Regionale
3. Einführung eines städtischen Kulturpreises
4. Benennung von Kulturfachleuten in den Kulturausschuss mit beratender Stimme
5. Stärkung des Stadterbands für Kulturangelegenheiten

### Freie Kulturarbeit

Vernachlässigt hingegen wird in unserer Stadt der Bereich der freien Kulturarbeit. Eigentlich sollten wir stolz darauf sein, in Bergisch Gladbach über ein qualitatives Potential

von bildenden, darstellenden und musikausübenden KünstlerInnen zu verfügen, die Experiment, Zumutung und auch Einmischung erkennen lassen. Wer sich ein wenig in der Szene auskennt, weiß, wie hoch das Maß an Selbstausbeutung bei den Künstlern ist. Unterstützung tut dringend Not, um das kreative Reservoir vor Ort nicht sterben zu lassen.

Wir begrüßen die neu entstandenen Kulturrichtlinien, die es ermöglichen, Künstler und ihre Projekte - wenn auch mit bescheidenen Mitteln - zu unterstützen und zu fördern.

#### **Kulturbüro**

Wir begrüßen diese Einrichtung und fordern den Erhalt und die aktive Ausgestaltung. Nachdrücklich unterstützen wir ein lebendiges literarisches Leben in unserer Stadt. Literaturfestivals, Lesungen oder Kinder- und Jugendbuchwochen, um nur einige denkbare Aktivitäten zu nennen, sollten zur festen Einrichtung werden, die die Stadt unterstützt. Musikwochen und Konzerte, Theateraufführungen und Musicals, Ausstellungen, insbesondere von zeitgenössischer Kunst, und interkulturelle Begegnungen gehören weiterhin zum kulturellen Leben unserer Stadt.

#### **Sport:**

#### **Leitbild:**

Zu den sozialen Aufgaben der Stadt gehört es auch, ausreichend Sportstätten zur Verfügung zu stellen

#### **Ziele und Maßnahmen:**

1. Wir wollen, dass der Standard für das Schwimmen nicht noch weiter abgesenkt wird.
2. Wir wollen weiterhin eine angemessene und sport-vereinsfreundliche Preispolitik.
3. Wir wollen Vereinsbeihilfen verstärkt auch für mitglieder-schwache Vereine zu ermöglichen.

4. Speziell wollen wir die Unterstützung von jenen Vereinen und Initiativen, die sich besonders in der Kinder- und Jugendarbeit engagieren.

Von daher ist es unser Ziel, die Eisssporthalle zu erhalten

Auch in Zeiten leerer Kassen muss ein angemessenes Angebot an Sport- und Wasserflächen für alle Bürgerinnen und Bürger, für die Schulen und die Vereine bereitgestellt werden. Ein besonderes Augenmerk wollen wir in den nächsten Jahren auch den kleineren Vereinen in unserem Stadtgebiet widmen. Denn von den im Stadtsportverband vertretenen Vereinen sind nur ein knappes Dutzend Großvereine, der überwiegende Teil der Vereine hat nicht mehr als 200 Mitglieder. Auch die Vereine mit weniger als 100 Mitgliedern dürfen keine Sportvereine zweiter Klasse werden.. Wir wollen, dass mitgliederschwache Vereine nicht gegenüber mitgliederstarken Vereinen benachteiligt werden.

Anlage FLA 7.12.06

Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat von Bergisch Gladbach  
Rathaus · 51465 Berg. Gladbach  
Tel.+Fax 02202/14 22 42

Steuerung GL 2006

Wirtschaft

**Leitbild: Zukunftssicherung durch eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Stadt**

### 1. Rahmenbedingungen

Bergisch Gladbach liegt im Einzugsbereich eines der wichtigsten Medienzentren Deutschlands und von jeder Menge High Tech Industrie: Chemie, Automobil- und Automobilzulieferindustrie (in der Region Köln/Bonn immerhin 40% des Automobilstandorts Deutschland), Maschinenbau mit vielen kleinen und mittleren Betrieben mit hoher Innovationskraft sowie den immer mehr zusammenwachsenden Technologiefeldern IT und Telekom mit rund 11.000 Unternehmen in der Region Köln/Bonn.

Wir haben viel grüne Landschaft, eine Lage im Speckgürtel des Ballungszentrums Köln/Leverkusen, eine hohe Wohnqualität und (noch) gute Einkommens- und Bildungsstrukturen.

Insgesamt hat die Stadt eine außerordentlich hohe Kaufkraft, aber die Potentiale werden kaum genutzt.

Der Heterogenität und Mehrzentren-Struktur der Stadt wird in den bisherigen Konzepten nicht wirklich Rechnung getragen, langfristige Entwicklungskonzepte fehlen weitgehend.

Die knappe Haushaltssituation beschränkt in den nächsten Jahren die Fähigkeit der Kommune, als sinnvoll erkannte Investitionen vorzunehmen.

## II. Ziele

"Wohnen und Arbeiten im Grünen":

1. eine Stadt mit ausreichend Arbeitsplätzen, die zukunftssicher sind und wo Arbeit Spaß macht
2. ein Bildungsangebot dieser Stadt, das ihre Bürger auch befähigt, diese Arbeitsplätze auszufüllen
3. ein lebenswertes Wohn- und Freizeitumfeld.

## III. Maßnahmenkatalog

1. Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt erfolgt geplant. Die Maßnahmen werden nach klaren Regeln aus den Zielen abgeleitet. Stadtplanung, Arbeits- und Wirtschaftsförderung erhalten eine strategisch klare Ausrichtung und werden miteinander verknüpft.
2. Es wird ein ganzheitliches, partel- und ressortübergreifendes Stadtentwicklungskonzept erstellt, in dem aus einer langfristigen (> 10 Jahre) Planung kurz und mittelfristige Ziele für Gewerbe-, Verkehrs- und Bauleitplanung abgeleitet werden
3. Die Ansiedlung ökonomisch und ökologisch zukunftsorientierter Branchen wird gefördert.
4. Ortsansässige Unternehmen werden in der Regel bevorzugt.
5. Die Zielgruppe der UnternehmensgründerInnen wird besonders gefördert. Insbesondere wenn sie die Wiedereingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsprozess unterstützen, werden aktiv gefördert.
7. Verkehrswege werden Instand gehalten und ökologisch verträglich weiterentwickelt.



17.11.2006

#### **IV. Kostenbilanz**

Die katalytische Wirkung von Investitionen der Kommune schafft Arbeitsplätze,  
Gewinne und als Folge eine verbesserte Einnahmesituation für die Stadt.

Angabe PLA 12.12.06

**Steuerung GL 2006**

Eingang	23. NOV. 2005 MW
Suständig	2
Kopie	MW / Z
Zd.A.	FB 1 # ZARDEU

**Energie**

**Leitbild:** Eine nachhaltige Energiewirtschaft hat ihre Grundlage vor Ort.

**I Rahmenbedingungen**

Die Energiewirtschaft in Bergisch Gladbach ist stark durch die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes aus den 30-er Jahren, das erst 1998 geändert wurde, geprägt. Gas und Strom wurden und werden von Monopolisten verkauft, die für dieses Recht eine Konzessionsabgabe an die Gemeinde zahlen (und meist noch zahlen). In Bergisch Gladbach war und ist die BELKAW der Konzessionsnehmer. Einsparung von Energie und somit dezentrale Energieumwandlungsanlagen bzw. Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen passen nicht in die „Philosophie“ der Giganten.

Wir müssen in Zukunft mehr Zukunftsdanken und Wettbewerb auf dem Energiemarkt haben. Einerseits ändern immer mehr Privathaushalte - durch die Nutzung regenerativer Energiequellen und die Maßnahmen zur Energieeinsparung ihre "Energiewirtschaft". Andererseits besteht die Chance, dass auch Firmen sich dem Trend anschließen. Das hat bei den Beteiligten den Einsatz an Primärenergieträgern und somit die Emissionen stark verringert. Es ist zu erwähnen, dass die Stadt über einen großen Gebäudebestand verfügt und somit selber in großem Maße Verbraucher von Energie ist. Hier kann über eine energetische Sanierung und die Nutzung regenerativer Energiequellen sehr viel geschehen.

Die Stadt hat aber auch über die Gestaltung der Bebauung und die Verkehrspolitik großen Einfluss auf den Energieverbrauch im Wärme- und Verkehrssektor in Bergisch Gladbach, die zusammen 68 % unseres gesamten Energieverbrauches erzeugen. Dies bedeutet, dass eine neue Energiepolitik im Rahmen der Umsetzung der Agenda 21 auch eine neue Verkehrs- und Baupolitik sein wird.

**II Ziele**

1. Der Resteinfluss der Stadt in der BELKAW wird auch in Zukunft genutzt, um diese zu einem Energiedienstleistungsunternehmen umzugestalten. Dessen

- Hauptziele sollen die Einsparung von Energie, der Verkauf von Nutzenergie, die Vermeidung von Verlusten bei der Energiewandlung und die Nutzung regenerativer Energiequellen sein.
2. Vermeidbare Energieverluste werden in allen Gebäuden der Stadt vermindert.
  3. Alle neuen Bebauungspläne werden auf Niedrigenergiehäuser bzw. Nullenergiehäuser ausgerichtet.
  4. Die alten Bebauungspläne werden schnellstmöglich mit dem gleichen Ziel überarbeitet.
  5. Die Verkehrspolitik wird auf die Verringerung des Energieverbrauches ausgerichtet.

### III. Maßnahmen

1. Die BELKAW wird gebeten, über die Einhaltung dieser Ziele dem Rat einmal im Jahr berichten.
2. Der Fachbereich 8 (Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft) führt die energetische Sanierung aller städtischen Gebäude mit dem Ziel der Einhaltung der schwedischen Niedrigenergiestandards durch. Alle Hausmeisterinnen und der/die Energiebeauftragte werden dafür dem Fachbereich 8 zugeordnet. Auch hier wird jährlich berichtet.
3. Bei der Erstellung neuer Bebauungspläne wird die Lage der Grenzen bebaubarer Flächen auf die Anforderungen von Niedrigenergiehäusern bzw. Nullenergiehäusern ausgerichtet.
4. Alle alten Bebauungspläne werden mit der gleichen Zielsetzung überarbeitet.
5. Beim Verkauf städtischer Grundstücke wird die Einhaltung der Niedrigenergiestandards bei der Bebauung in den Verkaufsverträgen bindend festgelegt.
6. Durch eine gute Mischung von Wohn- und Arbeitsstätten wird die Vermeidung von Verkehr und somit des Energieverbrauches angestrebt.
7. Die städtische Verkehrsplanung setzt binnen 5 Jahren das Gestaltungsszenario des Nahverkehrsplanes von 1997 um, um den Energieverbrauch - wie dort angegeben - um 8 % zu verringern. Weitere Schritte sollen folgen.
8. Die Nutzung regenerativer Energiequellen wird in Zusammenarbeit mit der BELKAW sowie planerisch und praktisch mit allen Mitteln gefördert.

9. Die Umsetzung aller Ziele und Maßnahmen wird von Anfang an im engen Kontakt mit der Bevölkerung angestrebt.

#### IV. Kostenbilanz

Es ist mittlerweile erwiesen, dass die Vorteile der Gebäudeisolation, der Brennwertkessel, der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der dezentralen Nutzung regenerativer Energiequellen so wirksam werden können, dass zum Teil schon kurzfristig (Kraft-Wärme-Kopplung), zumindest aber mittelf- bis langfristig ein Ausgleich zwischen erhöhten Kosten und dem erzielten Nutzen eintreten wird. Neue Untersuchungen des Umweltbundesamtes von 2004 zeigen, dass dies spätestens 2020 der Fall sein wird. Der BELKAW kann dabei, auch wenn sie nicht mehr in städtischem Besitz ist, als Organisator und Finanzier eine wichtige Rolle zukommen. Im Verkehr ist der Nutzen ad hoc größer als die Kosten, weil allein durch die Vermeidung von 10 % aller KFZ-Fahrten im Stadtgebiet - wie bei der Einführung des SchülerInnen-Tickets erreicht - ca. 54 Mio. KFZ-km pro Jahr entfallen. Bei Kosten von durchschnittlich einem Euro pro km würde dies zu sofortigen Einsparungen von 54 Mio. Euro pro Jahr in den Privathaushalten und den Firmen führen. Dem stünden Mehrkosten von maximal 10 bis 15 Mio. Euro pro Jahr für die Nutzung und die Subventionierung des Öffentlichen Nahverkehrs und den Ausbau der Rad- und Fußwege gegenüber.

## Steuerung GL 2006

Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat von Bergisch Gladbach  
Rathaus · 51465 Bergisch Gladbach  
T. u. Fax 02202/14 22 42

### Abwasser

**Leitbild:** Oberflächengewässer, Grundwasser und Gebührenzahler müssen entlastet werden

#### I. Rahmenbedingungen

Abwasserbeseitigung und Entwässerung stellen eine der großen Leistungen der Menschheit dar. Die Beseitigung von Abwässern dient der Vorbeugung vor Infektionen und ermöglicht eine Straßenbenutzung trockenen Fußes. Die zunehmende Flächenversiegelung, die Chemisierung des täglichen Lebens sowie die immer noch anhaltende Zersiedelung der Landschaft lassen jedoch die Grenzen der derzeitigen End-of-Pipe-Technologie<sup>1</sup> im Abwasserbereich deutlich werden. Der zunehmende Aufwand wird oft schon viel zu teuer, wie die Abwassergebührenentwicklung zeigt. Zudem sind Hochwassergefahren sind noch nicht gebannt, sie steigen z.T. durch Entwässerungsmaßnahmen sogar noch. Alle diese Probleme sind auch in Bergisch Gladbach akant

#### II. Ziele

1. Zur Senkung der Kosten, zur Förderung der Grundwasserneubildung sowie zum Hochwasserschutz soll der Anteil des oberflächlich abfließenden Wassers so gering wie möglich gehalten werden.
2. Die Grenzwerte für Schadstoffe im Klärschlamm sind einzuhalten, so dass eine teure Entsorgung der Schlämme durch Deponierung oder Verbrennung nur in Ausnahmefällen erforderlich wird.
3. Auch bei Starkniederschlägen darf es nicht mehr regelmäßig zu Überflutungen kommen.
4. Der Übertritt von Schmutz und Bakterien aus der Bensberger Mischwasserkanalisation in die Bäche ist bis 2013 weitgehend zu beenden.
5. Die zentrale Abwasserklärung wird durch dezentrale Formen der Abwasserbehandlung ergänzt.

#### III. Maßnahmen

1. Es ist ein Entsiegelungsprogramm zu erstellen, in dem die geplanten Baumaßnahmen in ihrer zeitlichen Abfolge dargestellt sind. Im Falle notwendiger Tiefbaumaßnahmen der Stadt ist die Möglichkeit einer Versickerung von Regenwässern von Anfang an zu berücksichtigen.

<sup>1</sup> Wassereinhaltungsvermeidung nicht durch Vornahme sondern durch Klärrückgewinnung

2. Zur Schaffung von natürlichen Stauräumen für Regenwasser werden alle städtischen Bäche durchgehend renaturiert.
3. Die Indirektleitertrolle<sup>2</sup> wird intensiviert
4. Durch Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit soll das Wasser- und Abwasserbewußtsein der Bürger geschärft werden.
5. Um die Bensberger Mischwasserkanalisation in Bensberg im Falle von Starkregenereignissen zu entlasten, wird zusätzlich ein Förderprogramm zum Bau von Zisternen zur Brauchwassernutzung aufgelegt. Weiterhin wird, wenn und wo nötig, ein zweites Kanalnetz für Regenwasser verlegt.
6. In den Außenbezirke mit überschaubaren Einzelhäusern und Hausgruppen wird die Anwendung dezentraler Kleinkläranlagen, z. B. Wurzelraumklärbecken (z. B. Schlifbecken) gegenüber der zentralen Klärung bevorzugt.

#### IV. Kostenbilanz

Der Verzicht auf eine Regenwasserkanalisation senkt die Kosten der Entwässerung für die öffentliche Hand um ca. 30 %. Den stehen zwar private Kosten gegenüber, es ist jedoch festzustellen bei einer Regenwasserspeicherung und -nutzung Kosten für Waschwasser, Toilettenspülung und Gartenbewässerung eingespart werden. Investitionen in die Bensberger Mischwasserkanalisation werden zum Schutz des Trinkwassers ohnehin erforderlich. Die Einhaltung der Grenzwerte der Klärschlämme bringt finanzielle Vorteile. „Saubere“ Klärschlämme können im Landschaftsbau zusammen mit Kompost zu geringen Kosten einer Verwertung zugeführt werden. Die Deponierung oder Verbrennung ist wesentlich teurer. Im Außenbereich kostet der Anschluß eines einzelnen Bürgers an die zentrale Schmutzwasserkanalisation bis zu 18.000 €. Hier ist zu erwarten, dass moderne dezentrale Formen der Abwasserreinigung Kostenvorteile bringen. Künstliche Regenrückhaltebecken kosten zwischen 0,7 und 3,5 Mio €. Die Erfahrungen zeigen, daß natürliche Rückhalteräume bei Bau und Unterhaltung 1/3 bis 1/10 dieser Kosten verursachen. Zudem tragen sie zu einer natürlichen Selbstreinigung des Wassers bei. Zur Wirksamkeit als Hochwasserschutz sei als Beispiel der Scheidtbach genannt. Als naturnaher Bach hat dieser im Jahr 2000 keine Überschwemmung verursacht.

<sup>2</sup> Indirektleitertrolle = Patente die Abwasser in Schmutzwasserkanäle einleiten



- scheidungen diesen Zielen im kommunalen Abwägungsprozess gerecht werden zu können.
2. Fortschreibung und Überarbeitung des Kapitels Umwelt im Räumlich Funktionalen Entwicklungskonzept (RFK) von 1988.
  3. Erstellung eines überarbeiteten Flächennutzungsplanes bis 2008.
  4. Erarbeitung einer neuen Baumschutzsatzung und Neuauflage eines Alleentwicklungsprogramms.
  5. Ausreichende Bereitstellung von fachlich ausgebildeten Personal.
  6. Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung der Bevölkerung.
  7. Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen, z.B. Schulhofentsiegelungen, Rücknahme betonierter Flächen, z.B. nicht mehr benötigte Straßen und Gehwegflächen, Verwendung wasserdurchlässiger Beläge usw.
  8. Schutzprogramme der Quellen und Gewässer, Gewässerreinhaltungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Verbänden.
  9. Erhalt und Entwicklung von Luftschneisen und Durchlüftungszonen, Verbesserung kleinclimatischer Verhältnisse (des Kleinclimas durch Begrünungsmaßnahmen auch von städtischen Bauten).
  10. Förderungsmaßnahmen für die örtliche Landwirtschaft zur Entwicklung naturnaher Anbauweisen und zur Förderung der regionalen Vermarktung.
  11. Erarbeitung eines nachhaltigen Freizeit-, Erholungs- und Touristikkonzeptes.

#### IV. Kostenbilanz

Im Bereich Natur und Landschaft ist es schwer, eine Kostenbilanz im eigentlichen Sinne zu erstellen. Wollen wir allerdings unsere Lebensqualität erhalten, brauchen wir saubere Luft, sauberes Wasser und saubere Böden. Ein System ökologisch intakter und vernetzter Biotop als Lebensraum für die Tiere und Pflanzen unserer Umgebung ist nicht nur eine Gewissensfrage. Diese Räume sind auch Naherholungsgebiete, Spiel- und Erlebnisräume für unsere Kinder. Sie reinigen unsere Luft, verbessern unser Stadtklima und liefern uns unser Lebensmittel Nummer eins, das Trinkwasser. Zudem können Landwirte nur in einem intakten Umfeld unbelastete Lebensmittel erzeugen. Ein intakter Lebensraum Stadt senkt also indirekt die Kosten in vielen Bereichen vor allem des Gesundheitswesens.

## Steuerung GL 2006

Druck: 10.11.2006  
10.11.2006  
10.11.2006

### Gewässer

Leitbild: Gewässer stellen wesentliche Elemente eines funktionsfähigen Naturhaushaltes einer Stadt dar.

#### I. Rahmenbedingungen

Gewässerrläufe sind dabei von besonderer Bedeutung, weil sie ein durchgehendes verästertes System von Linien darstellen. Größere zusammenhängende Restnaturflächen wie Wälder, Parks u.a. werden so vor einer Isolation bewahrt. Diese Linien haben eine Vielfalt an Aufgaben:

1. Sie ermöglichen ein Verbundsystem von Fuß- und Radwegen und steigern so den Freizeitwert der Stadt.
2. Sie leiten Frischluft in die Zentren und filtern die Luft der Umgebung. Das gesamte Stadtklima wird ausgeglichener und gesünder, was den Wohnwert erhöht.
3. Sie reinigen das Wasser auf natürliche Weise und schützen daher auch das Grundwasser und somit unser Trinkwasser.
4. Sie ermöglichen Tieren (und Pflanzen) eine Wanderung zwischen den größeren Kernlebensräumen.
5. Überflutungen von Siedlungsflächen werden vermieden, wenn das Wasser genügend Raum in den intakten Auen findet.

Leider sind viele Bäche im Stadtgebiet stark geschädigt (verbaut oder sogar verrohrt). Die schlimmsten Beispiele sind 2,6 km völlig verrohrte Strunde in Bergisch Gladbach und 2,7 km verrohrter Frankfurterbach in Bensberg. Andere offene Abschnitte befinden sich in einem ökologisch schlechten Zustand. Dies muss sich ändern. Mittlerweile hat die EU im Jahr eine Wasserrahmenrichtlinie erlassen. Diese verpflichtet alle Gemeinden, den Zustand ihrer Gewässer bis 2005 zu erfassen und die Sanierung in den wichtigsten Abschnitten bis 2012, insgesamt allerspätstens aber bis 2033, zu vollenden.

#### II. Ziele

1. Es wird ein offenes Verbundsystem aller Fließgewässer in Bergisch Gladbach geschaffen.
2. Für alle Gewässer wird die Wassergüteklasse "gering belastet" (= I - II) angestrebt.
3. Alle Gewässer erhalten das gesetzlich vorgeschriebene Maß eines naturnahen Gewässersumfeldes, im Siedlungsbereich wird zumindest eine Optimierung angestrebt.

### III. Maßnahmen

1. Die Stadtverwaltung erarbeitet einen Plan zur Entwicklung eines durchgehenden Verbundes offener Fließgewässer ohne Wanderungssperren.
2. Die Mittel zur Gewässersanierung werden aus Mitteln des Abwasserwerkes gestellt.
3. Entlang der Bäche Weidenbach, Mutzbach, Hebborner Bach, Strunde, Scheidtbach, Saaler Mühlentbach und Frankenforstbach werden Bach-Wanderwege (Fuß- und Radwege) eingerichtet.
4. Alle schützenswerten Bachabschnitte werden in Zusammenarbeit mit dem RBK und dem RP unter Schutz gestellt.
5. Die Einleitung belasteten Wassers über Straßenwasserläufe sowie die Überläufe der Bensberger Mischwasserkanalisation werden mittelfristig beendet. Stillgewässer wie der Bensberger See sowie der Kahnweiher werden so umgestaltet, dass das Fließgewässer zum größten Teil im Nebenschluss liegt, d.h. das Wasser wird um das Stillgewässer herumgeleitet. Die Pflückerung der Tiere der Stillgewässer soll durch geeignete Maßnahmen verringert werden.
6. Die Öffentlichkeitsarbeit zum Gewässerschutz wird intensiviert.

### IV. Kostenbilanz

Das Sanierungsprogramm erzeugt zunächst Kosten. Diesen Kosten stehen jedoch mittel- bzw. langfristig Minderausgaben gegenüber, denn sowohl bei den Baukosten als auch bei den Pflegekosten sind verrohrte Gewässer drei- bis zehnmal so teuer wie offene, naturnahe Gewässer. Zudem werden Kosten durch Hochwasserschäden vermieden. Rein betriebswirtschaftlich gesehen rechnet sich der Sanierungsplan also für die Stadtkasse. Hinzu kommen schwer bezifferbare Vorteile für die Gesundheit der Menschen und die Grundwasserneubildung, die Grundwasserreinhaltung aber auch für den Wohn- und Freizeitwert. Zur Finanzierung des Programms wird die Möglichkeit der Umlage auf die Regenwassergebühr vorgeschlagen.

## Steuerung Gl 2006

### Abfall

Leitbild: Ökonomie und Ökologie und Soziales reichen sich beim Umgang mit Abfällen die Hand

#### I. Rahmenbedingungen

Mitte der neunziger Jahre beehrte der Bundesverband der deutschen Abfallwirtschaft die Erfolge der Stadt mit dem ersten Preis in einem bundesweiten Wettbewerb in der Kategorie der Gemeinden über 100.000 Einwohner. Als Folge davon gehören wir zu den kostengünstigsten Gemeinden im weiten Umkreis. Ökonomie und Ökologie und Soziales reichen sich hier die Hand. Wir wollen daher auf diesem Erfolgsweg weitergehen.

#### II. Ziele

1. Der Restmüllanteil soll weiter vermindert werden. Die dabei gesammelten Rohstoffe sollen einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden.
2. Die Gesamtabfallmenge soll im gleichen Zeitraum durch Abfallvermeidung um mindestens 10 % pro Einwohner vermindert werden.
3. Unkontrollierte Müllkippen (z.B. in Biotopen der Stadt oder in Anlagen zur Wertstoffsammlung) sollen effektiver als bisher verhindert werden.

#### III. Maßnahmen

##### A. Marktwirtschaftliche Maßnahmen

1. Die Gebührenstruktur soll Vermeidung und Verwertung belohnen, ohne zu einem „Abfallerport“ zu führen.
2. Die Sammlung der Abfälle und des Sperrmülls erfolgt - wo immer möglich - wohnungsnah und verbraucherfreundlich.
3. Zur Verbesserung von Qualität und Quantität der Wertstofffassung wird mindestens eine Annahme- und Beratungsstation für Abfälle aller Art eingerichtet.
4. Die Abfallberatung wird flächendeckend intensiviert, um die Verwertungsquoten und die Verwertbarkeit der Abfälle zu verbessern. Dabei sollen Kindergärten und Schulen in allen Klassenräumen mit Wertstoffbehältern ausgestattet werden, die Reinigungsfirmen in das Konzept fest eingebunden werden, Verpackungen in Kiosks, Cafeterias und Mensen vermieden werden und die Abfallberatung dort zu

einem festen Bestandteil des Unterrichts gemacht werden, um Multiplikatoren zu schulen.

5. Die Abfall-GmbH der Stadt bleibt zunächst erhalten.

#### B. Ordnungspolitische Maßnahmen

1. Missbräuche der Abfallentsorgung sollen wirksamer bekämpft und die Fehlwürfe durch Kontrollen auch der Restmüllbehälter deutlich vermindert werden.
2. Auf öffentlichen Flächen und in öffentlichen Einrichtungen wird der Abfallvermeidung durch Auflagen für Veranstalter und Nutzer absolute Priorität eingeräumt.

#### IV. Kostenbilanz

Die Kosten der Abfallentsorgung durch Verbrennung sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Die Verbrennungsanlage in Leverkusen kassiert von uns derzeit ca. 130 Euro pro Tonne. Gemeinden mit einer eigenen Müllverbrennungsanlage bzw. fest vereinbarten Liefermengen an eine Anlage - wie zum Beispiel Köln - sind in eine Kostenfalle geraten. Auch Bergisch Gladbach ist durch die Verbrennungskosten stark belastet. Diese machen derzeit einen erheblichen Anteil der Gesamtkosten aus. Nur die Abfallvermeidung, die hohen Verwertungsquoten und das sparsame Wirtschaften des städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes haben Bergisch Gladbach bisher vor einer Explosion der Abfallgebühren bewahrt. Die Kosten für die Verwertung der Wertstoffe liegen deutlich niedriger. Zuletzt wurden bei Metallen und Papier sogar Überschüsse erwirtschaftet. Dies belegt, dass die getrennte Abfallerfassung und die Abfallverwertung in jedem Fall preisgünstiger ist als die Abfallentsorgung. Die billigste Variante ist allerdings die, Abfälle gar nicht erst entstehen zu lassen: Abfallarmer Einkauf bzw. abfallarme Produktion.

## Steuerung GL 2006

### Verkehr

Leitbild: Ein nachhaltiger gesteuerter Verkehr sichert Arbeitsplätze und Lebensqualität

#### I. Bestandsaufnahme

Staus prägen nach wie vor das Bild der Straßen. Die Belastung durch Lärm, Staub und Abgase ist konstant hoch. Wirtschaftsbetriebe klagen nach wie vor über teure Verzögerungen ihrer Lieferungen und Dienstleistungen. Die rein KFZ - orientierte Lösung der Verkehrsprobleme ist weder finanzierbar noch gegen betroffene Anrainer durchzusetzen. Das Rad- und Fußwegenetz ist lückenhaft, und der Ausbau des ÖPNV<sup>1</sup> lässt weiter auf sich warten. Auch das Ziel der Senkung des CO<sub>2</sub>, Feinstaub- und Stickoxid-Ausstoßes ist im Verkehrsbereich nicht im Ansatz erreicht worden. Wir wollen daher einen Verkehrsverbund aller Verkehrsträger, der die Bewegungsfreiheit aller BürgerInnen, ihre Lebensqualität und Arbeitsplätze sichert.

#### II. Ziele

1. Das vorhandene Straßennetz soll von Verkehr entlastet werden, der wirkungsvoller vom öffentlichen Nahverkehr und der Bahn übernommen werden können. Beim öffentlichen Personen- Nahverkehr wird ein Anteil von ca. 30% am Gesamtverkehr angestrebt (derzeit ca. 8 - 10%)
2. Die Ziele des Kyotoprotokolls und der Beratungen von Nairobi zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40 % (bezogen auf die Werte von 1990) bis zum Jahr 2020 sollen erreicht werden.
3. Ausgewählte Verkehrsflächen in den Zentren (z.B. der Bereich Buchmühle in Bergisch Gladbach Zentrum und der alte Markt in Bensberg) sollen wieder lebenswert und multifunktional werden. Speziell in Bensberg werden Aufstiegsstufen gebaut.
4. Die gesundheitsschädliche Belastung der BürgerInnen durch Abgase, Staub und Lärm aus dem Autoverkehr soll flächendeckend wieder auf ein erträgliches Maß verringert werden.

---

<sup>1</sup> Öffentlicher Personennahverkehr

5. Wir wollen sichere, moderne und komfortable Fahrzeuge im ÖPNV entsprechend dem Standard, der für Autos schon lange üblich ist.
6. Die Verkehrsplanung wird in Zukunft als "integrierte Verkehrsplanung" gestaltet. Es darf keine Planung von Siedlungs- und Gewerbegebieten mehr geben, ohne den Nachweis der Anbindung an alle Verkehrsträger.

### III. Maßnahmenkatalog für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr

1. Das Rückgrat des ÖPNV bilden die Schienenstrecken. Zusätzlich zur S-Bahn sowie der verlängerten Linie 1 soll langfristig ein Überdeckerverkehr der Straßenbahnen zwischen Dellbrück, Gladbach, Bensberg und Brück das jetzige Netz ergänzen. Diesem Zweck dient die Sicherung der Trassen der Schienenstrecken zwischen Bensberg, Bergisch Gladbach und Thielenerbrunn.
2. Auf allen Hauptstraßen von regionaler Bedeutung verkehren große Regionalbusse. Die Feinverteilung des Verkehrs in drei bis fünf Stadtbereichen (den Hauptzentren Bensberg, Bergisch Gladbach, Refrath sowie evtl. Schildgen und Hand) erfolgt über kleine Stadtbusse.
3. Der Grundtakt auf allen Strecken in den Hauptverkehrszeiten ist der 20'-Takt. Auf einigen Hauptstrecken wird er auf einen 10'-Takt verdichtet. In den Nebenverkehrs- bzw. Schwachverkehrszeiten wird auf einen 30'-Takt bzw. auf einen 60'-Takt umgestellt (Auf den o.g. Hauptstrecken gegebenenfalls auf einen 15'-Takt).
4. Begleitende Einrichtungen (Fahrradabstellplätze, Schließfächer in den Einkaufszentren etc.) sollen die Attraktivität des ÖPNV abrunden. Die Fahrzeuge sollen komfortabel und durch BeraterInnen im Nahverkehr benutzerInnenfreundlich und sicher werden.
5. Am Abend und an Wochenenden wird ein Nachtbusssystem nach dem Vorbild von Leverkusen, Wuppertal, Dortmund u.a. Städten aufgebaut.
6. Es wird angestrebt, für alle Nutzer des ÖPNV, verbilligte Anschluss taxen anzubieten. Das System wird - wo bzw. wann nötig - durch Anrufsammeltaxen ergänzt. Die Taxen werden als Teil des ÖPNV angesehen. Dementsprechend dürfen sie die Sonderregeln des ÖPNV für Fahrten benutzen.

7. Alle Einrichtungen des ÖPNV werden behindertengerecht gestaltet.
8. Es wird auf die Nahverkehrsunternehmen eingewirkt, damit in Zukunft abgasarme und leise Antriebstechniken eingesetzt werden. Gleiches gilt für den städtischen Fuhrpark

#### A. Maßnahmenkatalog für den Güterverkehr

1. Das Rückgrat des Güterverkehrs bildet eine bis Duckterath zweigleisig ausgebaute Bahnstrecke nach Mülheim. Der Güterbahnhof Bergisch Gladbach, der alte Abzweig in das Gewerbegebiet West sowie die alte Bahnstrecke von Bergisch Gladbach nach Bensberg mit dem Güterbahnhof Zinkhütte, dem Zanders-Güterterminal und später auch dem reaktivierten Güterbahnhof Bensberg ergänzen die Güterverkehrsinfrastruktur. Hier werden dezentrale Umladestellen eingerichtet, in denen Container u.a. Behälter bzw. Stückgüter betriebsnah umgeschlagen werden können..
2. An ein bis zwei Stellen werden Umlademöglichkeiten für eine Citylogistik geschaffen. Hier bietet sich aufgrund der vorhandenen Speditionen v.a. der Güterbahnhof Zinkhütte an.
3. Der Betrieb der Umladestellen soll von einer oder mehreren Gesellschaften übernommen werden, an der die Spediteure der Stadt beteiligt werden sollen.

#### B. Maßnahmenkatalog für den Autoverkehr

1. Zur Verminderung der Lärm-, Abgas- und Staubbelastung wird in allen Wohngebieten eine maximale Geschwindigkeit von 30 km/h vorgeschrieben.
2. Die Bewirtschaftung der innerstädtischen Parkplätze übernimmt die Stadtverkehrsgesellschaft. Eine wirtschaftliche Beteiligung durch die Grundeigner in den Zentren wird angestrebt.
3. Der Parkraum in den Zentren wird an deren Rand zusammengefasst. Zur Vermeidung unnötiger Parksuchverkehre wird ein Parkleitsystem geschaffen.
4. An allen Stellen, an denen dies möglich ist, werden Kreisverkehre geschaffen.
5. Die Ampelanlagen der Stadt werden zur Beschleunigung und Verstärkung des Verkehrs zusammenschaltet. Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs werden bevorzugt geleitet. Übersteigt die Verkehrsichte zulässige Werte, wird das System im Sinne von Pflörmerschaltungen genutzt.

6. Nach Umsetzung der Maßnahmen zur Förderung der übrigen Verkehrsträger wird geprüft, ob Ergänzungen im Straßennetz notwendig und sinnvoll sind. Von der Nutzung der Bahndammtrasse für eine Anbindung an die A4 wird abgesehen.

### C. Maßnahmenkatalog für den Radverkehr

1. Die Lücken im Radwegenetz werden geschlossen. Bei mehr als 7000 Kfz/Tg. werden Wege auf den Bürgersteigen angelegt, bei geringerer Verkehrsdichte Radstreifen am Rand der Fahrbahnen.
2. Schulwege sollen hierbei besonders gesichert werden.
3. An allen Stellen mit Publikumsverkehr werden Fahrradabstellanlagen errichtet. Zentrale Anlagen in den Zentren sowie an den Schienenverkehrshaltepunkten werden mit abschließbaren Boxen sowie Schließfächern ausgestattet. Vor allem am S-Bahnhof in Bergisch Gladbach soll dies in Form einer „Fahrradstation“ mit überwachten Parkhaus und Reparaturwerkstatt geschehen.
4. Einbahnstraßen werden - wo möglich - in beide Richtungen für Radfahrer geöffnet.
5. Die Hauptradwege werden durchgehend beschildert. Wo möglich, wird das Netz der Fahrradwege durch Wege außerhalb der Hauptstraße ergänzt.
6. Der Transport von Rädern in Fahrzeugen des ÖPNV wird soweit wie möglich erleichtert.

### D. Maßnahmenkatalog für den fußläufigen Verkehr

1. An den Bächen und in Grünzügen und Wohngebieten der Stadt wird ein durchgehendes Netz von straßenunabhängigen Fußwegen geschaffen (Strundeweg, Heborner Bach-Weg u.a.).
2. Alle Wege für FußgängerInnen werden von Hindernissen befreit (Pfähle, Masten etc.) und behindertengerecht gestaltet. Sie werden beleuchtet sowie regelmäßig gereinigt und instand gesetzt.

### E. Ergänzende städtebauliche Maßnahmen

1. Autoarmes Wohnen soll in Planverfahren stärker als bisher berücksichtigt werden.
2. Die Verpflichtung zur Bereitstellung von Parkplätzen soll entfallen, wenn die Betroffenen auf einen eigenen PKW verzichten.
3. Die gemeinschaftliche Nutzung von PKW (Car-Sharing) wird durch die Bereitstellung von Stellplätzen gefördert.
4. Sicherheitsaspekte, die vor allem Frauen und ältere Menschen betreffen, werden von vornherein bei der Verkehrsplanung berücksichtigt. Dies bedeutet vor allem, dass keine nicht einsehbare Bereiche im Umfeld von Haltepunkten mehr entstehen dürfen.

#### IV. Kostenbilanz

Ein neues „Entlastungsstraßennetz“ müsste ganz oder gar nicht gebaut werden. Dies ist dem Generalverkehrsplan von 1984 auf Seite 334 zu entnehmen und auch logisch nachvollziehbar. Die L 288 n (Schildgen-Bensberg), die L 286 n (Spitze-Gronau) sowie die L 101 n (Ortsumfahrung Schildgen-Katterbach) ergäben zusammen ca. 20 km neue Straßen. Da neue Stadtstraßen wegen der hohen Auflagen für den Lärmschutz sowie notwendiger Brücken und Kreuzungen kaum unter 7,5 Mio. Euro pro km zu haben sind, würde das neue Netz ca. 150 Mio. Euro kosten.

Die Umsetzung des Gestaltungsszenarios der Verkehrsentwicklungsplanung des Kreises von 1995 würde für das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach etwa 1,5 Mio. Euro pro Jahr kosten. Damit wäre ein Anstieg des Anteils des ÖPNV am Gesamtverkehr um 4 % auf 12 bis 14% möglich. Das Straßennetz würde um ca. 15 % entlastet.

Ein darüber hinausgehender Ausbau der schienengebundenen Verkehrsträger samt dem Bau der Haltepunkte würde im Stadtgebiet Bergisch Gladbach maximal 50 Mio. Euro kosten. Dies mag heute illusorisch erscheinen, darf aber als Denkoption gelten und muss durch die Freihaltung der dafür notwendigen Trassen möglich bleiben.

Eine ÖPNV-orientierte Lösung unserer Verkehrsprobleme wäre also sowohl für Stadt (und Land) als auch für die betroffenen BürgerInnen die deutlich kostengünstigere Lösung. Zudem würden die BürgerInnen an den Hauptstraßen spürbar von Staub, Abgasen und Lärm entlastet und neue Störungen durch neue Straßen vermieden.